



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|---|
| EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH | 3 |
| 02.07.2025 T-Online: Garching bei München: Transport von Atommüll rückt näher – Debatte um Uran | 4 |
| 01.07.2025 freipresse.de: Endlager-Standorte für hoch radioaktiven Atommüll: Sachsens Störungszonen als Streitpunkt | 5 |
| 02.07.2025 Schweinfurter Tagblatt: Einblicke in das erste deutsche Endlager | 7 |
| 02.07.2025 abendblatt.de (Hamburger Abendblatt): Krümmel: „Das Zwischenlager soll kein Endlager werden“ | 9 |

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 T-Online

Garching bei München: Transport von Atommüll rückt näher – Debatte um Uran

2. Juli 2025 07:00 | Medienart: Online | Visits/Monat: 460.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Kritik von Gegnern: Gefährlicher **Atommüll** soll Garching bald verlassen

Bald könnte **Atommüll** aus dem Forschungsreaktor Garching auf die Reise gehen. Betreiber und Gegner liefern sich einen Schlagabtausch über die Gefahren. **Atomkraftgegner** schlagen Alarm wegen geplanter Transporte von hochangereichertem Uran aus dem stillgelegten Forschungsreaktor FRM II in Garching in das Zwischenlager Ahaus. Das private Umweltinstitut München und die Anti-Atom-Organisation kritisieren, der **Atommüll** sei wegen seines hohen Gehalts an **atomwaffenfähigem** Uran besonders riskant. Die Transporte über 700 Kilometer könnten laut Experten erhebliche Gefahren bergen. Das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE) hatte kürzlich mitgeteilt, dass Genehmigungen für Transporte aus Garching und Jülich kurz bevorstehen. Transporte könnten demnach ab dem vierten Quartal dieses Jahres beginnen. FRM-II-Sprecherin Andrea Voit sagte: "Wir sind optimistisch, dass das bald der Fall sein wird, wenn die Genehmigung da ist." Das Abklingbecken in Garching sei fast voll.

Debatte um Gefahren des **Atommülls** Der Abfall aus Garching enthält laut Betreibern und Gegnern noch über 87 Prozent hoch angereichertes Uran. Während **Atomkraftgegner** betonen, dass bereits eine Castorladung mehr Uran als für eine **Atombombe** enthält, halten die Betreiber den Missbrauch für unrealistisch: "Es ist nicht richtig, dass das Uran aus dem Brennelement missbräuchlich verwendbar ist. Es müsste erst durch Trennverfahren extrahiert werden", erklärte Voit. Eine direkte Nutzung für **Atomwaffen** sei nur mit aufwendigen Wiederaufarbeitungsanlagen möglich. **Atomkraftgegner** fordern stattdessen, den Müll am Standort Garching zwischenzulagern und so Transportgefahren zu vermeiden. Laut Betreiber sei das zentrale Zwischenlager Ahaus jedoch seit dem Jahr 2000 für die Aufnahme dieser Abfälle vertraglich festgelegt. Der Forschungsreaktor steht seit fünf Jahren still; ein Neustart ist nicht vor 2026 zu erwarten. Ein Brennstoff mit weniger als 20 Prozent angereichertem Uran soll laut Betreiber ab den 2030er-Jahren zum Einsatz kommen.

Sachsen

Endlager-Standorte für hoch radioaktiven Atommüll: Sachsens Störungszonen als Streitpunkt

Dresden/Berlin.

Tektonische Linien werfen Fragen zur Sicherheit auf. Bundesgesellschaft und Landesamt uneins zur Tauglichkeit von vier Bereichen. In Mittelsachsen und Erzgebirge sind noch viele Flächen im Fokus.

Rund ein Drittel der Fläche Sachsens gilt nach wie vor als geeignet, Deutschlands hoch radioaktiven Atommüll dauerhaft aufzunehmen. Konkreter: Unter sich aufzunehmen. Das im Standortauswahlverfahren zu findende Endlager soll sich 300 bis 1500 Meter unter der Erdoberfläche befinden. Dort soll es die 1900 Castor-Behälter mit den atomaren Altlasten aus Deutschlands Kernkraftzeitalter verschließen, auf eine Million Jahre sicher. So lange also, bis die Strahlung der ausgedienten Kernkraft-Brennstäbe wieder auf ein auch in der Natur vorhandenes Strahlungsmaß abgeklungen oder eben für Mensch und Umwelt nicht schädlicher ist.

Erstmals ignorieren die Endlagersucher Hinweise des Landesamtes

Bisher war die Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) in der Regel Hinweisen des sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) gefolgt, wenn dieses von der BGE für tauglich befundene Areale überprüft und wegen in [Sachsen](#) verfügbarer Daten vielmehr als nicht geeignet einstufte. Jetzt beißt die Landesbehörde mit ihren Argumenten bei der BGE erstmals auf Granit, so scheint es.

Es geht um vier Teilflächen, die die Endlagersucher der Bundesgesellschaft durchaus für tauglich halten, auch wenn das Landesamt in zwei von ihnen eine tektonische Störungszone ausmacht. Eine solche würde normalerweise

se von vorn herein ein Ausschlusskriterium darstellen. Würde! Die eine Störungszone verläuft etwa in Nordsüdrichtung von [Waldheim](#) aus über die Außenbereiche von [Mittweida](#) bis in den Nordosten von [Chemnitz](#). Die zweite Störungszone macht zumindest das Landesamt zwischen [Kamenz](#) und Bautzen aus. Von Nordost nach Südwest verlaufend, kreuzt sie unter anderem die Gemeinde [Radibor](#).

In einer Lagerhalle im Zwischenlager Ahaus (NRW) stehen hochradioaktive gelbe CASTOR-Behälter vom Typ THTR, die aus Atomkraftwerken zwischengelagert werden. Bild: Guido Kirchner/dpa

In einer Lagerhalle im Zwischenlager Ahaus (NRW) stehen hochradioaktive gelbe CASTOR-Behälter vom Typ THTR, die aus Atomkraftwerken zwischengelagert werden. Bild: Guido Kirchner/dpa

Zur jüngsten Versammlung des Nationalen Begleitgremiums für die Endlagersuche, wurden diese Störungszonen zum Thema. Das Gremium besteht aus 18 unterschiedlichen Persönlichkeiten, renommierte Wissenschaftler, Vertreter von Umweltorganisationen, Studenten, Handwerker, ehemalige Politiker, die entweder von [Bundestag](#) oder [Bundesrat](#) nominiert oder in Beteiligungsverfahren berufen wurden. Sie sollen das Auswahlverfahren hinterfra-

gen und gegenüber der Öffentlichkeit transparent machen.

Störungszonen älter als 34 Millionen Jahren gelten als geeignet

Auf Rückfrage von Gremiumsmitgliedern führte Katrin Kleeberg den Diskurs zwischen ihrer Behörde und der Bundesgesellschaft aus. „Wir haben dort nun mal kein Rupel“, erklärte die Frau, die beim Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie den Geologie-Fachbereich leitet. Rupel, kurz für Rupelium bezeichnet das erdgeschichtliche Intervall, das vor knapp 34 Millionen Jahren begann und vor 28,1 Millionen Jahren endete. Störungszonen aus dieser Zeit gelten laut Standortauswahlgesetz als noch aktiv und sind so für den Standort eines Atommüllendlagers ausgeschlossen. Das Gesetz fordert von einem geeigneten Standort, dass eine Höhenverschiebung innerhalb eines Jahres weniger als einen Millimeter beträgt. Kein Wunder: Verschöbe sich der Boden mit dem Atommülllager stetig pro Jahr um einen Millimeter, läge das Lager schließlich nach einer Million Jahre dennoch einen ganzen Kilometer höher oder tiefer als ursprünglich. „In den Störungszonen, die wir ausgewiesen haben, kann man an der Oberfläche Versatz bei Gesteinsschichten erkennen“, erklärte Katrin Kleeberg. Doch mögen diese Verschiebungen, die im Untergrund stattfanden, eben länger als jene 34 Millionen Jahre her sein. Da-

mit gelten sie als inaktiv. Ob sie das bleiben, sei dahingestellt.

Mittelsachsen und Erzgebirge bieten viele mögliche Lagerflächen

Neben den beiden Störungszonen gibt es im Landkreis Nordsachsen wie auch an der weiter östlich verlaufenden nördlichen Grenze des Freistaats noch zwei Landstreifen, bei denen die Meinungen von Endlagersuchern der BGE und dem Landesamt auseinandergehen. Der größere Landstrich liegt an der Grenze zu Brandenburg zwischen der Gohrisch-Heide im Westen und der Kö-

nigsbrücker Heide im Osten. Der Grund für Sachsens Landesamt, die Bereiche auszuschließen, war, dass dort nach seiner Einschätzung gar keine der drei für ein Atommülllager für möglich erachteten Gesteinsarten - Kristallin, Ton oder Salzstein - vorhanden sein dürfte. Das indes will die BGE noch genau überprüfen.

Die drei für tauglich gehaltenen Wirtsgesteinsarten Ton, Salz und Kristallin. Jedes hat seine eigenen Vor- und Nachteile Bild: BGE

Die drei für tauglich gehaltenen Wirtsgesteinsarten Ton, Salz und Kristallin. Jedes hat seine eigenen Vor- und Nachteile Bild: BGE

Neben den behördlich umfochtenen Gebieten sind noch viele Teile Sachsens für ein Atommülllager im Rennen, die neben der BGE auch das Landesamt für plausibel hält. Weite Teile des Kreises Mittelsachsen gehören dazu, das Erzgebirge zwischen Ehrenfriedersdorf und Altenberg sowie weite Teile des Freistaats östlich von Dresden und einzelne Flächen in und um Leipzig herum. (eu)

| | | | |
|----------------|--------------|----------------------|----------------------|
| Wörter: | 772 | Jahrgang: | 2025 |
| Autor/-in: | Jens Eumann | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Medienkanal: | ONLINE | Visits (VpD): | ¹ 364.593 |
| Mediengattung: | Online News | Unique Users (UUpD): | ² 247.000 |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.freiepresse.de/nachrichten/sachsen/endlager-standorte-fuer-hoch-radioaktiven-atommuell-sachsens-stoerungszonen-als-streitpunkt-artikel13871128>

¹ von PMG gewichtet 03-2025

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Einblicke in das erste deutsche Endlager

Auf Einladung der Bundesgesellschaft für Endlagerung hat der Gemeinderat eine Informationsfahrt nach Salzgitter unternommen

Grafenrheinfeld Der Gemeinderat von Grafenrheinfeld hat auf Einladung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) eine zweitägige Informationsfahrt nach Salzgitter unternommen, um sich vor Ort über das künftige Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle „Schacht Konrad“ zu informieren. Begleitet wurde die Delegation von Stefan Mirbeth, dem Ansprechpartner der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) am Standort Grafenrheinfeld. Diese und folgende Informationen stammen aus einer Pressemitteilung der Gemeinde Grafenrheinfeld.

Am ersten Tag besuchte die Gruppe das Informationszentrum „Schacht Konrad“. Henning Hofmann von der BGE erläuterte die Geschichte, Genehmigung und geologischen Voraussetzungen des Projekts. In Gesprächen mit Experten der BGE und BGZ informierten sich die Gemeinderäte über die geologischen, technischen und rechtlichen Aspekte des Endlagers und der nuklearen Entsorgung. Schacht Konrad befindet sich in einem ehemaligen Eisenerzbergwerk in Salzgitter, in dem zwischen 1965 und 1976 rund 6,7 Millionen Tonnen Erz abgebaut wurden. Bereits 1976 begannen Untersuchungen zur Eignung als Endlager. Im Jahr 2002 wurde das Projekt durch das Land Nie-

dersachsen genehmigt, 2007 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht die Genehmigung. Seitdem wird das Bergwerk zum Endlager umgebaut, die Inbetriebnahme ist für die frühen 2030er Jahre vorgesehen. Geplant ist die Einlagerung von bis zu 303.000 Kubikmetern schwach- und mittelradioaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken, Industrie, Forschung und Altlasten. Die Einlagerungskammern liegen in etwa 800 bis 850 Metern Tiefe unter mächtigen Ton-schichten, die das Eindringen von Wasser verhindern und so ein Austreten radioaktiver Stoffe ausschließen sollen.

Am zweiten Tag besichtigte die Gruppe das zukünftige Endlager unter Tage. Nach einer Sicherheitsunterweisung und dem Anlegen der Grubenkleidung fuhr die Delegation mit dem Förderkorb über 1.000 Meter tief in das Bergwerk. Vor Ort wurden die Gemeinderäte durch das über 30 Kilometer lange Streckensystem geführt und besichtigten unter anderem die künftige Umladestation und bereits ausgebaute Einlagerungsbereiche. Die Delegation erhielt einen Einblick in die technischen und organisatorischen Anforderungen beim Umbau eines Bergwerks zum Endlager. Die BGE setzt dabei hohe Standards bei Sicherheit und Dokumentation. Bürgermeister Christian Keller betonte die Bedeutung des Besuchs: „Es

war wichtig, den Ort selbst zu sehen – nicht nur in Berichten, sondern in der Realität. Der Schacht Konrad ist ein zentrales Projekt für den langfristigen Umgang mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen.“ Grafenrheinfeld ist Teil der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen (ASKETA). Keller hob hervor, dass die Anforderungen an Sicherheit, Langfristigkeit und gesellschaftliche Verantwortung enorm seien und die Standortgemeinden Gehör finden und beteiligt werden müssten.

Der Besuch verdeutlichte den Gemeinderäten, wie komplex und langwierig die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist. Da sich die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle voraussichtlich bis mindestens 2074 erstrecken wird, bleibt die Lagerung in bestehenden Zwischenlagern für weitere Generationen Realität. Die Standortkommunen tragen bereits heute die Verantwortung für die Lagerung kerntechnischer Abfälle, ohne dass ein endgültiger Endlagerort zur Verfügung steht. Bürgermeister Keller betonte abschließend die Notwendigkeit, die Perspektiven und Anliegen der Standortgemeinden stärker zu berücksichtigen. (acon)

Kernkraftwerk bei Geesthacht

Krümmel: „Das Zwischenlager soll kein Endlager werden“

Gemeinden und Städte mit abgeschalteten Kernkraftwerken wie Geesthacht fordern Entschädigung. Endlagersuche wird sich Jahrzehnte hinziehen.

Marc Nasner

Im Juli 2009 wurde das **Kernkraftwerk Krümmel** nach mehreren technischen Pannen abgestellt. Unter dem Eindruck der Nuklear-Katastrophe im japanischen Fukushima beschloss der Bundestag keine zwei Jahre später den Ausstieg aus der Atomenergie. Das KKW ging nie wieder ans Netz. Abschaltung und politischer Beschluss sind nunmehr 16 beziehungsweise 14 Jahre her. Die Spuren von rund 25 Jahren Betrieb sind allerdings noch heute weit der Elbe gut sichtbar – und werden es aller Voraussicht nach noch viele Jahrzehnte bleiben.

Mit den Herausforderungen des Rückbaus eines Kernkraftwerks und der Lagerung radioaktiven Abfalls beschäftigen sich die Mitgliedsgemeinden der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland (ASKETA). Erstmals seit Gründung der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 1994 kamen deren Mitglieder nun in Geesthacht zusammen. Auf der Tagung suchen die Kommunen gemeinsam Lösungen und Wege, wie sie ihre Interessen gegenüber dem Bund geltend machen.

Krümmel: „Das Zwischenlager soll kein Endlager werden“

Ganz konkret fordern die Standortgemeinden mehr Geld von der Bundesregierung: Zwei Millionen Euro als Sockelbetrag pro Standort und Jahr wollen die Mitgliedsgemeinden der ASKETA. Zusätzlich sollen jährlich 10.000 Euro pro eingelagertem Castor-Behälter fließen. Darüber hinaus sollen die Beträge sich dem Preisindex anpassen. Die Forderung der ASKETA-Kommunen orientiert

sich an den Kompensationszahlungen, die die Gemeinden Ahaus und Gorleben erhalten, wo sich Zwischenlager befinden. 1,278 Millionen Euro jährlich fließen laut ASKETA nach Ahaus. Zwischen Bund und der Gemeinde Gorleben soll es vergleichbare Verträge geben.

„Unsere Gemeinden tragen die Verantwortung nicht erst seit gestern. Viele von ihnen sind bereits seit Jahrzehnten mit der Lagerung radioaktiver Stoffe betraut und werden diese Rolle auch in den kommenden Jahrzehnten übernehmen müssen. Diese dauerhafte Belastung kann jedoch nicht einseitig auf kommunaler Ebene getragen werden. Sie muss fair ausgeglichen werden – finanziell, rechtlich und politisch“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Mitgliedsgemeinden.

Atommüllendlager sollte eigentlich 2050 in Betrieb gehen

Eine Kompensation müsse es alleine schon aus dem Grund geben, da die Fläche, auf dem ein Kernkraftwerk steht, nicht anderweitig genutzt werden kann. „Wir brauchen viel Fläche. Dadurch geht Gewerbesteuer verloren“, erklärt Stefan Martus (CDU), Bürgermeister der Mitgliedsgemeinde Philippsburg (Baden-Württemberg). Da auch das Kernkraftwerk in Philippsburg nicht mehr am Netz ist, würde auch dieses keine Gewerbesteuer mehr einbringen. Gleiches gilt für das Kernkraftwerk Krümmel und Geesthacht.

Das Problem: Bis ein Atommüllendlager in Betrieb geht, dürften noch mehrere Jahrzehnte ins Land gehen. Das im Standortauswahl-Gesetz angepeilte Jahr 2031, in dem der Standort für das zentrale Lager gefunden sein sollte, ist

laut einer Regierungsstudie nicht im Ansatz zu halten. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass 2074 ein Endlager gefunden ist. Ursprünglich war geplant, dass das Endlager im Jahr 2050 in Betrieb geht.

Für die Mitgliedsgemeinden der ASKETA ist es deshalb auch wichtig, immer wieder auf die Problemstellung hinzuweisen. „Wir wollen nicht, dass das Thema in Vergessenheit gerät“, sagt Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze (SPD), der stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ist. Es dürfe sich nicht der Gedanke einschleichen, dass die jetzige Situation in Ordnung sei. „Das Zwischenlager soll ein Zwischenlager bleiben und kein Endlager werden“, sagt Schulze.

Atommüll soll im Schacht Konrad eingelagert werden

Hintergrund: Die Einzelteile des Kernkraftwerks Krümmel werden in sogenannte Konrad-Container verpackt. In diesen sollen die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle irgendwann einmal im Schacht Konrad bei Salzgitter eingelagert werden. Zuvor kommen sie ins Krümmeler Zwischenlager, einer 65 x 48 x 16 Meter großen Halle im rückwärtigen Bereich des Geländes. Betrieben wird es von der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Platz gibt es dort für 1200 Konrad-Container. Etwa 170 davon werden durch den Abbau in Krümmel anfallen.

Doch wann und ob überhaupt die Konrad-Container abtransportiert werden, steht noch in den Sternen. In den 2030er-Jahren soll der Schacht Konrad eigentlich als Endlager in Betrieb gehen. Doch aktuelle Recherchen von

NDR und Bayerischen Rundfunk legen nahe, dass sich die Inbetriebnahme verzögert – oder gänzlich zerschlägt. Grund hierfür könnten wasserrechtliche Genehmigungshürden sein.

Demnach könnten Grenzwerte für Platin, Quecksilber, Eisen oder Aluminium überschritten werden und die Stoffe ins Grundwasser gelangen. Das Bundesumweltministerium sieht die Einla-

gerung von radioaktiven Stoffen im niedersächsischen Schacht „Konrad“ trotz Hürden bei der Genehmigung nach eigenen Angaben nicht als gefährdet an.

| | | | |
|----------------|--------------|----------------------|----------------------|
| Wörter: | 665 | Jahrgang: | 2025 |
| Autor/-in: | Marc Nasner | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Ressort: | Online | Visits (VpD): | 227.862 ¹ |
| Medienkanal: | ONLINE | Unique Users (UUpD): | 47.000 ² |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.abendblatt.de/schleswig-holstein/kreis-lauenburg/article409404639/kruemmel-soll-nicht-zum-endlager-werden.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+